

Unser Weg für Österreich. Stärke zeigen in Europa und der Welt.

100 Projekte Teil 3

Viele Herausforderungen unserer Zeit – von der illegalen Migration über die Globalisierung bis hin zum Schutz unseres Klimas – können wir nicht in Österreich allein lösen. Hier braucht es internationale Zusammenarbeit und eine enge Abstimmung mit unseren Partnern in Europa und in der Welt.

Gleich ob im Rahmen unserer Außenpolitik oder innerhalb der Europäischen Union – Österreich hat in den vergangenen Jahren mehrfach unter Beweis gestellt, dass wir in der Lage sind, Lösungen zur Bewältigung internationaler Herausforderungen entscheidend mitzugestalten. Gerade die Erfolge des EU-Ratsvorsitzes im vergangenen Jahr haben das eindrucksvoll bestätigt. Wir wollen diesen Weg der aktiven Außenpolitik weitergehen und auch in Zukunft mit Selbstbewusstsein unsere österreichischen Interessen vertreten und unsere Lösungskonzepte zu den großen Fragen unserer Zeit durchsetzen.

Das trifft ganz besonders auf unsere Pläne für die Zukunft der Europäischen Union zu. Die Europäische Union ist die größte Errungenschaft des 20. Jahrhunderts. Sie ist das wohl längste und erfolgreichste Friedensprojekt unseres Kontinents. Und als einer der größten und leistungsfähigsten Wirtschaftsräume der Gegenwart ist sie wesentliche Grundlage unseres Wohlstands. Die Ziele der Union – Frieden, Freiheit, Stabilität und Wohlstand – haben bis heute nichts an ihrer Gültigkeit verloren.

Um diese Errungenschaften und unser einzigartiges europäisches Lebensmodell auch für die Zukunft zu wahren, braucht es heute jedoch mehr denn je Veränderung.

Der Vertrag von Lissabon ist bereits zehn Jahre alt und wurde in einer Zeit entworfen, in der es noch keine Schuldenkrise, keine Eurokrise, keine Migrationskrise und keine Klimakrise gegeben hat. Die Europäische Union war in diesen Krisen stets bemüht, die europäischen Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu schützen, auch wenn dafür oft nicht die notwendigen vertraglichen Grundlagen vorhanden waren. Daher ist es jetzt Zeit, aus der Vergangenheit zu lernen und in die Zukunft zu blicken. Wir wollen Europa auf ein neues und besseres Fundament stellen. Deshalb brauchen wir einen neuen Vertrag für Europa.

Ein neuer Vertrag für Europa.

Stärkung der Subsidiarität in der EU.

01. In Europa muss wieder der Hausverstand regieren! Es sollte selbstverständlich sein, dass die Europäische Union auf jene großen Herausforderungen unserer Zeit fokussiert, die die Mitgliedstaaten alleine nicht mehr bewältigen können. Wir brauchen ein starkes Europa vom Klimaschutz über den Schutz der Außengrenzen bis hin zum Welthandel. Im Gegenzug muss sich die EU bei den kleinen Fragen stärker zurücknehmen, die auf nationaler, regionaler oder lokaler Ebene besser gelöst werden können. So wäre es beispielsweise angesichts der stark unterschiedlichen Sozial- und Lohnniveaus in Europa nicht sinnvoll, eine Sozialunion oder einen einheitlichen Mindestlohn anzustreben. Wir brauchen also ein Europa, in dem Entscheidungen dort getroffen werden, wo es am besten für die Menschen ist. Das gebietet der Hausverstand. Und das entspricht dem europäischen Motto „In Vielfalt geeint“. Dieses Grundprinzip der effizienten Aufgabenteilung ist das Prinzip der Subsidiarität. Das Europa, das wir uns für die Zukunft wünschen, ist ein Europa der Subsidiarität. Eine konsequente Umsetzung dieses Subsidiaritätsprinzips würde positive Effekte auf viele Bereiche der europäischen Einigung haben.

Verschlinkung der Institutionen der Europäischen Union.

02. Eine konsequentere Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips steht in engem Zusammenhang mit einer sparsamen EU-Verwaltung. Die europäischen Institutionen müssen, was die Strukturen betrifft, mit gutem Beispiel vorangehen. Dazu gehört mittelfristig die Verkleinerung der EU-Kommission bei gleichzeitiger Einführung eines fairen Rotationsprinzips ebenso wie die Zusammenlegung der Tagungsorte des Europäischen Parlaments und die Einführung eines „One-in-one-out“-Prinzips bei EU-Agenturen. Für jede neue EU-Agentur, die wir vielleicht eines Tages brauchen, sollten wir eine existierende Agentur abschaffen.

Bürokratieabbau konsequent vorantreiben.

03. Wenn sich Europa auf die großen Fragen fokussiert, kann es auch einen Beitrag zu Deregulierung leisten. Denn Fortschritt kommt nicht durch Regulierung und überbordende Bürokratie – Fortschritt kommt durch Freiheit. Wir haben es in Österreich vorgemacht und von 5.000 Vorschriften rund 2.500 veraltete gestrichen. Auch in der EU braucht es viele Regelungen nicht mehr. Deshalb sollen auf EU-Ebene alle Rechtsakte durchforstet werden und alle Regelungen, die nicht mehr gebraucht werden, sollen aufgehoben werden. Jedes EU-Gesetz soll außerdem ein Ablaufdatum („Sunset Clause“) haben, um regelmäßig nach seiner Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit überprüft zu werden. Und damit Mitgliedstaaten künftig mehr Spielraum bei der nationalen Umsetzung europäischer Rechtsnormen bekommen, sollen Richtlinien grundsätzlich den Vorzug vor Verordnungen haben. Häufig liegt die Ursache von Überregulierung aber gar nicht direkt an EU-Regeln, sondern an der Art und Weise, wie wir sie in Österreich umsetzen. Daher haben wir in der letzten Regierung eine konsequente Politik gegen die unnötige Übererfüllung von EU-Regeln bei der nationalen Umsetzung („Gold Plating“) durchgesetzt. Dieser Weg muss konsequent fortgesetzt werden.

Sparsamer Umgang mit Steuergeldern auch auf europäischer Ebene.

04.

Ein Europa der Subsidiarität braucht ein schlankes EU-Budget. Denn Europa soll nur dort Geld in die Hand nehmen, wo ein europäisches Vorgehen tatsächlichen Mehrwert bringt. Derzeit laufen in der EU die Verhandlungen für den mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027. Unser Ziel in diesen Gesprächen ist klar: Wir wollen, dass Österreich im Verhältnis zu seiner Wirtschaftskraft insgesamt nicht mehr als bisher ins EU-Budget einzahlt. Daher ist es notwendig, klare Schwerpunkte im EU-Budget zu setzen.

Bürgernähe & Demokratie stärken.

05.

Die Idee Europa hat nur Zukunft, wenn sie die Bürgerinnen und Bürger zu Beteiligten macht. Durch mehr Subsidiarität werden Entscheidungen automatisch näher an die Menschen gebracht. Um Bürgernähe in Europa darüber hinaus zu stärken, wollen wir die Demokratie auch innerhalb der EU-Institutionen ausbauen und sprechen uns für die Direktwahl des EU-Kommissionspräsidenten aus. Denn die Europawahlen 2019 haben gezeigt, dass das Spitzenkandidaten-Modell nicht funktioniert.

Klare Sanktionen bei verantwortungsloser Schuldenpolitik.

06.

All jene Staaten, die mit einer verantwortungslosen Schuldenpolitik den Euro gefährden, müssen künftig mit deutlich spürbaren Sanktionen rechnen. Es darf nicht sein, dass sich Staaten wie Österreich an die Regeln halten, anständig haushalten und Reformen durchsetzen, während andere fahrlässig Schulden machen und sich auf die Hilfe der anderen Staaten verlassen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt muss von allen eingehalten werden. Wenn dies nicht der Fall ist, muss es automatische Sanktionen geben, die wirksam greifen – ohne Ausnahmen. Es braucht also Mechanismen, die über die derzeitigen hinausgehen, und auch eine klare Haltung seitens der EU-Kommission gegenüber Budgetsündern. Zudem muss sichergestellt werden, dass ausnahmslos kein Land der Euro-Zone beitreten kann, das die Kriterien dafür nicht vollständig und nachhaltig erfüllt.

Rechtsstaatlichkeit als Grundvoraussetzung für die EU-Mitgliedschaft.

07.

Rechtsstaatlichkeit ist ein zentraler Pfeiler für jede funktionierende Demokratie und für das Funktionieren der Wertegemeinschaft Europa. Staaten, die den Weg der Rechtsstaatlichkeit verlassen, gefährden die Grundfesten unserer Gemeinschaft. Sie müssen mit klaren Sanktionen rechnen. Es braucht daher eine Stärkung des bestehenden Rechtsstaatlichkeitsrahmens und wirksamere Sanktionen. Denn wer Teil der Europäischen Union sein will, muss unsere Grundwerte teilen. Hier darf es keine Abstriche geben.

Gemeinsame Außenpolitik mit einer Stimme.

08.

Wenn die Europäer ihre Interessen selbstbewusst nach außen vertreten und dem Anspruch entsprechen wollen, ein entscheidender Faktor in der Weltpolitik zu sein, müssen sie mit einer Stimme sprechen können und schneller zu gemeinsamen Entscheidungen kommen. Hier dürfen nicht die Zögerer und Zauderer das Tempo bestimmen. Denn gerade in Fragen der Außenpolitik ist oft schnelles Handeln notwendig. Dazu gehört auch, dass Europa innerhalb der Vereinten Nationen mit einer Stimme spricht und einen gemeinsamen Sitz im UN-Sicherheitsrat erhält.

Beitrittsperspektive für Westbalkan-Staaten & kein EU-Beitritt der Türkei.

09.

Wenn die EU weiterhin Stabilität exportieren und nicht Instabilität importieren will, besteht der Anspruch an Europa, der Westbalkanregion eine glaubhafte Beitrittsperspektive zu bieten, statt sie dem Einfluss von Drittstaaten zu überlassen. Österreich ist politisch, wirtschaftlich und menschlich traditionell eng mit den Ländern des Westbalkans verbunden und zählt in nahezu allen Ländern des Westbalkans zu den größten Investoren. Die Stabilität des Westbalkans und die damit verbundene Umsetzung von notwendigen Reformen sind daher in unserem ureigenen Interesse. Wenn die entsprechenden Kriterien von den Westbalkanstaaten erfüllt werden, sollen Beitrittsverhandlungen eröffnet bzw. vorangetrieben werden. Aber wir müssen natürlich konsequent an unseren Beitrittskriterien und unseren europäischen Werten festhalten und das bedeutet für uns, dass Europa auch seine Grenzen kennen muss. Wenn ein Kandidatenland die Kriterien, die für die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen gelten, nicht mehr einhält, müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden. Europa muss diesem Anspruch an sich selbst glaubhaft nachkommen und die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei daher umgehend abbrechen. Die Türkei kann kein Vollmitglied der Europäischen Union werden.

Kampf gegen Desinformation und Wahlbeeinflussung verstärken.

10.

In den vergangenen Jahren sind vermehrt staatliche und nicht-staatliche Akteure aktiv, um gezielt Desinformation zu verbreiten und demokratische Systeme zu destabilisieren. Gerade im Vorfeld von Wahlen und rund um Kriminalfälle mit internationaler Dimension sind diese Aktivitäten zu beobachten. Immer häufiger werden hohe Geldsummen investiert, um gezielt politische Prozesse und Entscheidungen zu beeinflussen. Zum Einsatz kommen dabei Fake News, Troll-Fabriken und Social Media Tools. Aber auch die Attacken auf die IT-Systeme der neuen Volkspartei haben zum Ziel, Daten zu beschaffen und Daten zu manipulieren, um Einfluss auf den politischen Diskurs zu nehmen. Um diesen Herausforderungen entsprechend zu begegnen, braucht es eine stärkere Zusammenarbeit bei der Cybersicherheit von allen betroffenen Ressorts der Bundesregierung. Außerdem müssen die bestehenden Mechanismen der Europäischen Union, wie das Frühwarnsystem und die Taskforce zur Früherkennung von Desinformations-Kampagnen, gestärkt und genutzt werden.

Reform des Wettbewerbsrechts auf europäischer Ebene.

11.

Die Fusion von einem österreichischen und einem chinesischen Unternehmen ist auf der Grundlage des derzeitigen Wettbewerbsrechts einfacher als von zwei österreichischen Unternehmen. Das zieht erhebliche Nachteile für die globale Positionierung und Innovationsfähigkeit europäischer Unternehmen nach sich. Das EU-Wettbewerbsrecht muss daher im europäischen Eigeninteresse reformiert werden. Wir wollen den globalen Wettbewerb stärker berücksichtigen und etwa bei der Fusionskontrolle die Marktangrenzungen neu definieren. Zudem sollen Ausnahmen vom EU-Beihilfenrecht ausgeweitet werden, um innovative Markteinführungen und Anschubfinanzierung leichter zu fördern.

Steuergerechtigkeit auf internationaler Ebene.

Digitalsteuer für internationale Großkonzerne.

12. Bereits im Parlament eingebracht ist die Einführung einer (nationalen) Digitalsteuer. Mit dem Digitalsteuerpaket schließen wir Steuerlücken und Schlupflöcher und nehmen damit digitale Großkonzerne, Vermittlungsplattformen und Händlerplattformen in die Pflicht. Wir schaffen durch eine faire Besteuerung der digitalen Wirtschaft eine neue Steuergerechtigkeit. Auch auf internationaler und europäischer Ebene müssen die Anstrengungen intensiviert werden, um eine Digitalsteuer einzuführen.

CO₂-Zölle auf internationaler und europäischer Ebene.

13. Es braucht weltweit mehr klima- und umweltpolitische Gerechtigkeit: Für Importe in den europäischen Binnenmarkt aus Drittstaaten, die den nötigen Standards im Klima- und Umweltschutz nicht entsprechen, sollten – in Abstimmung mit der Welthandelsorganisation (WTO) – CO₂-Zölle eingeführt werden.

Besteuerung von Kerosin und Schiffsdiesel auf internationaler bzw. europäischer Ebene.

14. Wir wollen eine verursachergerechte Besteuerung von Kraftstoffen im Flugverkehr und in der Schifffahrt. Dafür ist international akkordiertes Handeln nötig – zumindest auf europäischer Ebene. Ein Land allein kann hier wenig ausrichten und würde durch einseitiges Handeln sogar riskieren, dass der eigene Wirtschaftsstandort im internationalen Wettbewerb leidet, ohne dass CO₂-Emissionen insgesamt reduziert würden.

Qualität der Lebensmittel in Österreich sicherstellen.

Ablehnung des Mercosur-Abkommens in der derzeitigen Form.

15. Mercosur ist eines der größten Handelsabkommen, das die EU je verhandelt hat. Das Abkommen bedeutet einen leichteren Zugang zum südamerikanischen Markt für viele exportorientierte Unternehmen in Österreich und ist damit eine große Chance für die heimische Wirtschaft. Das Abkommen bedeutet aber auch die Gefahr, dass es durch vermehrten Import von Lebensmitteln zu einem Absenken unserer heimischen Standards kommt. Es wird kolportiert, dass es eine Einigung auf eine Quote von 100.000 Tonnen Rindfleisch pro Jahr gibt, das in die EU zusätzlich importiert werden soll. Das bedeutet eine Ausweitung von 33% der Importe aus Drittstaaten gegenüber dem Status quo in der Europäischen Union. 2017 wurde beispielsweise ein riesiger

Fleischskandal in Brasilien, aufgedeckt wo große Mengen Gammelfleisch entdeckt wurden. Solche Probleme dürfen nicht in die Europäische Union importiert werden. Aber nicht nur die Qualität unserer Lebensmittel ist in Gefahr. Auch die österreichische Landwirtschaft kommt auf Grund des Abbaus der Handelsschranken zunehmend unter Druck. Während landwirtschaftliche Betriebe in Südamerika eher großen Industriebetrieben ähneln, ist die heimische Landwirtschaft eher von kleinen und mittelgroßen Betrieben geprägt, bei denen die Produktion erheblich teurer ist. Hinzu kommt noch der Faktor, dass bei einem harten Brexit, der immer noch nicht vom Tisch ist, 200.000 Tonnen irisches Rindfleisch, das bisher nach Großbritannien exportiert wird, auf den europäischen Markt kommt und damit die heimischen Bauern weiter unter Druck bringt. Das Abkommen wird daher in der derzeitigen Form abgelehnt.

Sicherstellen der GAP-Mittel für die heimische Landwirtschaft.

16.

Wir bekennen uns zu einer starken Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) als Politikfeld mit europäischem Mehrwert und einer zentralen Stellung im mehrjährigen EU-Finanzrahmen. Sie soll durch Stabilität, Kontinuität und Multifunktionalität gekennzeichnet sein. Inhaltlich soll sie eine ökosoziale Ausrichtung haben: Unser traditioneller Fokus auf Lebensmittelqualität, Umwelt- und Klimaschutz, die Absicherung der bäuerlichen Einkommen sowie die Belebung des ländlichen Raumes sind die Antwort auf viele der aktuellen Herausforderungen der Agrarpolitik auf europäischer Ebene. Wir wollen daher die österreichische Form der Landwirtschaft im Zuge der aktuellen Reform zum europäischen Leitmodell machen und die nachhaltig arbeitenden bäuerlichen Familienbetriebe als Prinzip der reformierten europäischen Agrarpolitik festschreiben. Es darf dabei auf europäischer Ebene zu keinen Kürzungen der Mittel insbesondere für die ländliche Entwicklung kommen. Wir kämpfen mit aller Kraft dafür, dass die Einkommensbestandteile der Landwirte stabil bleiben.

Unsere Verantwortung in der Welt.

Europaweiter Fonds zur Erhaltung des Regenwalds.

17.

Die Erhaltung der Regenwälder weltweit ist eine Verantwortung, die uns alle gemeinsam angeht. Der Regenwald ist die grüne Lunge unseres Planeten. Leider ist er in vielen Regionen durch die wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Länder, in denen sich die Regenwaldgebiete befinden, gefährdet. Diese wirtschaftlichen Interessen können nur durch internationale Zusammenarbeit und Hilfe ausgeglichen werden. Deswegen setzen wir uns für die Schaffung eines Fonds zur Erhaltung der Regenwälder auf europäischer Ebene ein. Es gibt schon viele gute private und staatliche Initiativen. Diese sollen so weit als möglich vernetzt und unter ein europäisches Dach gebracht werden. Wir setzen uns auch für eine rasche internationale Hilfe bei den Waldbränden in Brasilien und seinen Nachbarländern ein. Die Weltgemeinschaft darf nicht zusehen, wenn ein Teil der Lunge der Welt den Flammen zum Opfer fällt. Hier braucht es rasche und unbürokratische Hilfe auf internationaler Ebene. Kurzfristig soll auch Österreich über den Auslandskatastrophenfonds und andere Finanzierungstöpfe seinen Beitrag leisten.

Entwicklungszusammenarbeit neu denken und europäischer Afrikaplan, um Fluchtgründe nachhaltig zu bekämpfen.

18.

Wir bekennen uns zu einer stärkeren Hilfe vor Ort und zum Ziel, die Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit weiter zu erhöhen. Die zentrale Zielsetzung unserer Entwicklungspolitik ist es, Menschen und Regionen zu befähigen, möglichst rasch wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Dazu gehört es auch, Mittel der Entwicklungszusammenarbeit an Konditionen zu knüpfen, die für die Entwicklung eines Landes mittel- und langfristig positiv wirken. So könnten das Verbot von Kinderarbeit sowie die Einhaltung gewisser Standards beim Arbeitsrecht oder Umweltschutz Voraussetzungen für die Auszahlung von Hilfsmitteln sein. Wir müssen die Entwicklungszusammenarbeit aber auch ganz neu denken, was die Zusammenarbeit mit Unternehmen betrifft. Österreichische Unternehmen leisten einen wertvollen Beitrag zur Entwicklung vieler Länder. Hier sollte in der Ausschüttung der Mittel ein starker Fokus darauf gelegt werden, Projekte zu fördern, die in Zusammenarbeit mit österreichischen Firmen realisiert werden. Die Entwicklungszusammenarbeit sollte auch regional stärker fokussiert werden. Es braucht aber nicht nur Entwicklungshilfe, sondern auch Zusammenarbeit auf Augenhöhe – vor allem mit afrikanischen Ländern. In Afrika wird das Bevölkerungswachstum derzeit nicht von einem entsprechenden Wirtschaftswachstum begleitet. Gleichzeitig boomen Zukunftsbereiche wie der Mobilfunksektor und die Finanztechnologie (FinTech) in Afrika. Das stellt auch ein Potential für Europa dar. Wir wollen daher einen neuen europäischen Afrikaplan – keine neue Bevormundung, sondern eine neue Art von Partnerschaft auf Augenhöhe für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Das hochrangige EU-Afrika-Forum im Dezember 2018 in Wien hat hier einen wichtigen Paradigmenwechsel eingeleitet, den wir fortsetzen müssen. Indem wir eine wirtschaftspolitische Partnerschaft anstreben, wird der Weg für Investitionen und Arbeitsplätze frei, die letztlich dringend notwendige Perspektiven vor Ort ermöglichen.

Kampf gegen Antisemitismus und Christenverfolgung weltweit.

19.

Unsere Werte enden nicht an der Staatsgrenze. Deshalb bekennen wir uns zum Schutz von Menschen, die in anderen Ländern aufgrund ihrer Religion verfolgt werden oder dort nicht in Sicherheit leben können, insbesondere Christen und Juden. Wir wollen, dass sich Österreich auch in Zukunft international gegen die Verfolgung religiöser Minderheiten – insbesondere christlicher Minderheiten – einsetzt und sich zu seiner historischen Verantwortung gegenüber Israel bekennt. Die Anerkennung und Verteidigung der Menschenrechte weltweit ist uns ein großes Anliegen.